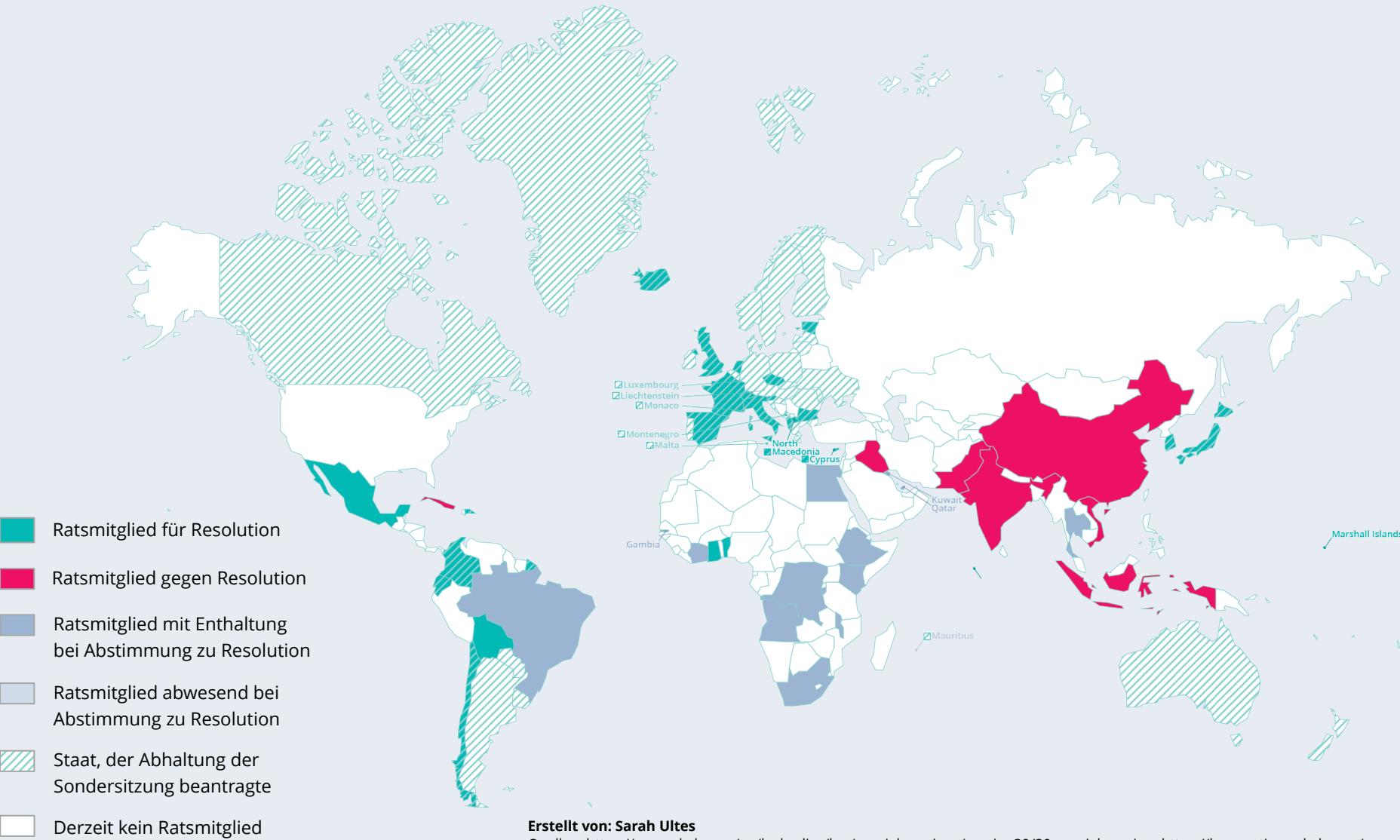


Staaten, welche die 39. Sondersitzung zur Lage im Iran beantragten, und Abstimmung des UN-Menschenrechtsrates zur Verlängerung der Faktenfindungsmission und der Sonderberichterstatterin zum Iran während der Sondersitzung am 23.01.2026

Karte des Monats Januar 2026



- Am 23. Januar 2026 hielt der UN-Menschenrechtsrat seine 39. Sondersitzung zur sich verschärfenden Menschenrechtslage in der Islamischen Republik Iran ab, nachdem landesweite Proteste, welche am 28. Dezember 2025 ausgebrochen waren, mit einer erheblichen Eskalation der Gewalt beantwortet worden waren.
- Die Einberufung der Sondersitzung wurde am 19. Januar 2026 offiziell von Island, Deutschland, Nordmazedonien, der Republik Moldau und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland beantragt. Sie wurde von 21 Mitgliedstaaten des Menschenrechtsrats und 30 Beobachterstaaten unterstützt.
- Es wurde eine Resolution mit 25 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen (China, Kuba, Indien, Indonesien, Irak, Pakistan und Vietnam) und 14 Enthaltungen verabschiedet, welche die gewaltsame Niederschlagung der friedlichen Proteste aufs Schärfste verurteilt. Sie hatten zum Tod von Tausenden von Menschen, darunter auch Kindern, geführt. Die Resolution verlängerte zudem das Mandat der Unabhängigen Internationalen Faktenfindungsmission (FFM) zum Iran um zwei Jahre und das Mandat der Sonderberichterstatterin zur Lage der Menschenrechte in Iran um ein Jahr.
- Außerdem forderte sie eine dringende Untersuchung der FFM zu den Vorwürfen der jüngsten und anhaltend schweren Menschenrechtsverletzungen und -verstößen sowie zu den Verbrechen im Zusammenhang mit den am 28. Dezember 2025 begonnenen Protesten, auch im Hinblick auf mögliche künftige Gerichtsverfahren.